

# »Ganz ohne die Arbeiter geht es nicht«!?

Die politische Mobilisierungsarbeit der SPD in Kassel und Frankfurt am Main in den 1980er- und 1990er-Jahren



Marc Meyer: »Ganz ohne die Arbeiter geht es nicht!«



Marc Meyer: »Ganz ohne die Arbeiter geht es nicht!«?

# Nach dem Boom

Herausgegeben von  
Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael

Marc Meyer

# **»Ganz ohne die Arbeiter geht es nicht«!?**

Die politische Mobilisierungsarbeit  
der SPD in Kassel und Frankfurt am Main  
in den 1980er- und 1990er-Jahren

Vandenhoeck & Ruprecht

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer 388154467

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2024 Vandenhoeck & Ruprecht, Robert-Bosch-Breite 10, D-37079 Göttingen,  
ein Imprint der Brill-Gruppe  
(Koninklijke Brill BV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA;  
Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland;  
Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)  
Koninklijke Brill BV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Schöningh, Brill Fink,  
Brill mentis, Brill Wageningen Academic, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau  
und V&R unipress.  
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen  
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Einwurf Wahlzettel in die Wahlurne, Bonn, 27.09.1998  
© picture alliance/Ulrich Baumgarten

Satz: textformart, Göttingen  
Umschlaggestaltung: SchwabScantechnik, Göttingen

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

ISSN 2566-7246  
ISBN 978-3-647-30263-8

# Inhalt

Dank . . . . .	11
I. Einleitung . . . . .	13
II. Theoretische Reflexionen und Methode . . . . .	37
1. Vom Reden und Nachdenken über soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik . . . . .	37
2. Was ist Demokratie? Vorstellungen zu politischer Partizipation in der Bundesrepublik . . . . .	41
3. Beziehungsgleichheit und demokratische Legitimität bei Pierre Rosanvallon . . . . .	43
4. Mikrogeschichte . . . . .	46
5. Quellen . . . . .	49
III. Übergeordnete Entwicklungen und Strukturen sozioökonomischer und gesellschaftlich-kultureller Konflikte . . . . .	51
1. Abmilderung und neuerliches Wachstum sozialer Ungleichheit . . . . .	51
2. Wer soll wie partizipieren? Die Entwicklung partizipatorischer Ansprüche in der Bundesrepublik . . . . .	56
IV. Wirtschaftliche und politische Ausgangsbedingungen in Kassel und Frankfurt am Main . . . . .	65
1. Kassel: Das nordhessische Wirtschaftszentrum in der Krise . . . . .	65
1.1 Kassel in der Wiedervereinigung . . . . .	68
2. Die sozialdemokratische Hochburg Kassel . . . . .	69
3. Zwischen Industrie und Banken – die wirtschaftliche Entwicklung in Frankfurt am Main . . . . .	72
4. Was ist links? – Flügelkämpfe in der Frankfurter SPD . . . . .	76
5. Überblick Wahlergebnisse . . . . .	79

V.	Die politische Mobilisierungsarbeit der Kasseler und Frankfurter SPD im Spannungsfeld sozioökonomischer Konflikte . . .	85
1.	Wie Arbeit schaffen? Die Arbeitslosigkeit als ein besonderes Kasseler Problem . . . . .	85
1.1	Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze! . . . . .	85
1.2	»Täglich kommt ein Grund hinzu« – die Kasseler SPD und die »geistig-moralische Wende« . . . . .	96
1.3	Mehr als nur »Lollies« – Arbeitslosigkeit in Kassel in den 1990er-Jahren . . . . .	105
2.	Die Frankfurter SPD zwischen »Gewinnern« und »Verlierern« – Probleme und Herausforderungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik . . . . .	120
2.1	Die Ambivalenz von Wirtschaftswachstum – die Wirtschaftspolitik der Frankfurter SPD zu Beginn der 1980er-Jahre . . . . .	120
2.2	Die Frankfurter Wirtschaftsmetropole als Chance . . . . .	124
2.3	Auf der Suche nach neuen Wählern – die Frankfurter SPD und die »neuen, ungebundenen Schichten« . . . . .	130
2.4	»Mehr aus Frankfurt machen« – die Kommunalwahl 1989 . . . . .	137
2.5	Das »Dienstleistungszentrum« als wirtschaftspolitisches Leitbild . . . . .	143
3.	Zwischen sozialpolitischem Anspruch und begrenzten Handlungsspielräumen – die Sozialpolitik der Kasseler SPD . . . . .	155
3.1	Sozialpolitik für die Stadtteile . . . . .	156
3.2	Die Idee der »Hilfe zur Selbsthilfe« als Herausforderung für die Kasseler Sozialdemokraten . . . . .	163
3.3	Kassel als Gegengewicht zu Bonn – die Sozialpolitik der Kasseler SPD im Zeichen der »geistig-moralischen Wende« . . . . .	165
3.4	Begrenzte Handlungsspielräume im Lichte der kommunalen Finanzkrise . . . . .	171
3.5	Die SPD in Kassel und »Rot-Grün« im Bund . . . . .	177
4.	Wohnen und Arbeiten in Frankfurt? Herausforderungen kommunaler Sozialpolitik in Frankfurt . . . . .	180
4.1	»Hilfe zur Selbsthilfe« als Herausforderung sozialdemokratischer Sozialpolitik . . . . .	180
4.2	Sozialpolitik im Spannungsverhältnis zwischen »neuen, ungebundenen Schichten« und der traditionellen sozialdemokratischen Stammwählerschaft . . . . .	190
4.3	Von »Traditionalisten« und »Modernisierern« – Konflikte innerhalb der Frankfurter SPD im Zeichen der Politik Gerhard Schröders . . . . .	203

VI.	Wie soll die Gesellschaft sein und wer ist Teil davon? Die politische Mobilisierungsarbeit der SPD im Spannungsfeld gesellschaftlich-kultureller Konflikte . . . . .	209
1.	Die SPD in Kassel und Frankfurt am Main im Spannungsverhältnis von Ökologie und Ökonomie . . . . .	210
1.1	»Mehr Demokratie wagen«? – Zusammenhänge von Demokratie und Umweltschutz . . . . .	211
1.2	Kommunale Umweltpolitik . . . . .	213
1.3	Stadt als Wirtschaftsraum und Stadt als Lebensraum – die Umweltpolitik der Kasseler SPD . . . . .	214
1.4	Abschied von den 1970er-Jahren – die Frankfurter SPD im Kampf um »neue« Wählergruppen . . . . .	218
1.5	Ende von »rot-grün«, aber Fortsetzung von »Arbeit und Umwelt« in Kassel . . . . .	225
1.6	Wirtschaftszentrum Frankfurt – Die Frankfurter SPD im Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie . . . . .	229
1.7	Primat der Sachlichkeit – Formen umweltpolitischer Mobilisierungsarbeit . . . . .	234
1.8	Umweltpolitische Herausforderungen der Kasseler SPD im Zeichen von »Lollies« und steigender Arbeitslosigkeit . . . . .	237
1.9	Hochhäuser und Verkehr – umweltpolitische Konflikte in Frankfurt . . . . .	242
2.	Herausforderungen einer Politik der Geschlechtergerechtigkeit in der politischen Mobilisierungsarbeit der Kasseler und Frankfurter SPD . . . . .	246
2.1	Die wachsende Bedeutung der Frauen als Zielgruppe sozialdemokratischer Mobilisierungsarbeit . . . . .	246
2.2	Frauen in die Politik! Aber wie? – die Debatte um die Frauenquote . . . . .	257
2.3	Zwischen vertikalen und horizontalen Ungleichheiten – Herausforderungen sozialdemokratischer Frauenpolitik in den 1990er-Jahren . . . . .	260
3.	Migranten als potentielle Wähler – die Migrationspolitik der Kasseler und Frankfurter SPD . . . . .	270
3.1	Zwischen Integration und Restriktion – Konflikte sozialdemokratischer Migrationspolitik . . . . .	272
3.2	Migrationspolitik im Zeichen des Erfolges rechtsextremistischer Parteien . . . . .	284
3.3	Ein begrenztes kommunales Wahlrecht – die Kommunalwahl 1997 . . . . .	292



VII. Zwischen »alten« und »neuen« Wählern – Handlungsspielräume und Handlungsweisen politischer Mobilisierungsarbeit in Kassel und Frankfurt im Vergleich . . . . .	299
1. Wirtschaftspolitik . . . . .	300
2. Sozialpolitik . . . . .	304
3. Umweltpolitik . . . . .	309
4. Frauenpolitik . . . . .	313
5. Migrationspolitik . . . . .	315
VIII. Schlussbetrachtungen und Forschungsausblick . . . . .	317
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	325
Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	327
Quellen . . . . .	327
Online . . . . .	328
Statistiken und graue Literatur . . . . .	330
Literatur . . . . .	335
Personenregister . . . . .	353

Marc Meyer: »Ganz ohne die Arbeiter geht es nicht!«?

## *Meinen Eltern*

Marc Meyer: »Ganz ohne die Arbeiter geht es nicht!«

## Dank

Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um die überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im August 2021 von der Universität Trier angenommen wurde.

Das Dissertationsprojekt war kein Sprint, sondern ein Marathon. Zu dessen Gelingen haben viele Personen an vielen Stellen beigetragen. Zunächst möchte ich meinem Betreuer Prof. Dr. Lutz Raphael danken, der mein Interesse für die Zusammenhänge von sozialer und politischer Ungleichheit geweckt hat. Auf seinen Rat konnte ich mich stets verlassen. Weiterhin bin ich PD Dr. Morten Reitmayer, der die Zweitbegutachtung übernommen hat, zu Dank verpflichtet.

Das Projekt wäre ohne die finanzielle Unterstützung durch ein Promotionsstipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung und das DFG-Projekt »Parteiwandel vor Ort. Die Enttraditionalisierung der britischen und deutschen Sozialdemokratie aus mikrohistorischer Perspektive« nicht möglich gewesen.

Von den Diskussionen in dem Trierer Doktorandenkolloquium PROMPT und dem Doktorandenkolloquium der Universitäten Trier, Tübingen und Konstanz hat die Arbeit in vielfältiger Weise profitiert. Sarah Frömbgen danke ich für das konzentrierte Korrekturlesen und die Hinweise auf sprachliche und grammatikalische Schwächen der Arbeit. Stefan Weispfennig und Timo Kupitz danke ich für inhaltliche Verbesserungsvorschläge.

Schlussendlich möchte ich meiner Familie danken. Ohne meine Eltern wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Ihnen ist es zu verdanken, dass ich überhaupt ein Studium aufnehmen konnte. Ihr offenes Ohr und ihre bestärkenden Worte haben dabei geholfen, die Ängste und Selbstzweifel, die mit einer Dissertation verbunden sind, zu überwinden. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

Harperscheid, Januar 2024

Marc Meyer: »Ganz ohne die Arbeiter geht es nicht!«

# I. Einleitung

Die Diskussionen um eine Krise sozialdemokratischer Parteien waren in den vergangenen Jahren medial sehr präsent.<sup>1</sup> Die Krisendiagnose bezog sich nicht nur auf sozialdemokratische bzw. linke Parteien im Besonderen, sondern auf eine »Krise der Parteien« bzw. eine »Krise der Demokratie« im Allgemeinen.<sup>2</sup> Angesichts der zunehmenden Nichtwähleranteile bei Wahlen erfährt die wachsende soziale Ungleichheit als eine potentielle Gefahr für die gleichberechtigte demokratische Teilhabe vermehrt Aufmerksamkeit.<sup>3</sup> Neben den Partizipationsverlusten sind aber auch veränderte Partizipationsansprüche und die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien Gegenstand der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten.<sup>4</sup> Während die Partizipation an Wahlen in der Tendenz abnimmt, scheinen Forderungen nach mehr direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Teilnahme an Protesten als Ausdruck politischer Partizipation wieder wichtiger zu werden, wobei dies auch Fragen nach der sozialen Verteilung in der Nutzung dieser Partizipationsmöglichkeiten berührt.<sup>5</sup>

Bereits in den 1980er-Jahren setzte eine Diskussion um eine Krise der Sozialdemokratie ein. Der bekannteste Vertreter dieser Interpretation war Ralf Dahrendorf, der das »Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts« verkündete.<sup>6</sup> Zu Beginn der 1980er-Jahre argumentierte Dahrendorf, dass die Gewährleistung wirtschaftlichen Wachstums zentral für die sozialdemokratische Politik

1 Siehe hierzu jüngst: Peer Steinbrück, *Das Elend der Sozialdemokratie*. Anmerkungen eines Genossen, München 2018; sowie zahlreiche Artikel in der Presse siehe u. a.: SPD-Krise. Frühere Parteivorsitzende äußern »große Sorge« um SPD, in: *Zeit Online* 17.09.2019, online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-06/spd-krise-fruehere-vorsitzende-oeffentlicher-aufruf-partiebasis> (letzter Zugriff: 25.09.2020).

2 Anja Kruke/Philipp Kufferath, Einleitung: Krisendiagnosen, Meistererzählungen und Alltagspraktiken. Aktuelle Forschungen und Narrationen zur Demokratiegeschichte in Westeuropa, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 58 (2018), S. 3–20, hier S. 3–7; Colin Crouch, *Post-Democracy*, Cambridge 2004;

3 Zur Diskussion über die wachsende soziale Ungleichheit als Gefahr für die Demokratie siehe grundlegend: Thomas Piketty, *Kapital und Ideologie*, München 2020, Kapitel 15 und 16.

4 Siehe hierzu näher: Philipp Gassert, *Bewegte Gesellschaft*. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018, S. 209–271.

5 Siehe hierzu: Markus Linden, Eine bessere Demokratie durch neue Formen politischer Partizipation?, in: *Deutschland Archiv* Vol. 45 Nr. 4 (2012), S. 581–587; Armin Schäfer, Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* Vol. 4 Nr. 1 (2001), S. 131–156, hier S. 149–151.

6 Ralf Dahrendorf, *Die Chancen der Krise*. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983, S. 16f.

sei und diese aufgrund stagnierenden Wachstums nun in Frage gestellt werde.<sup>7</sup> Weiterhin betonte Dahrendorf, dass der politische Erfolg der Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten den Niedergang derselben begründe, weil die verschiedenen sozialdemokratischen Regierungen letztlich ihre Ziele erreicht hätten. Somit verfüge die SPD nicht mehr über ein in die Zukunft gerichtetes politisches Projekt.<sup>8</sup>

Der Krisenbegriff ist in der Geschichtswissenschaft umstritten, da mit diesem, wie Rüdiger Graf und Konrad Jarasch betonen, oftmals eine unreflektierte Übernahme zeitgenössischer Diagnosen und Wahrnehmungen einhergehe.<sup>9</sup> Meik Woyke und Dietmar Süß hingegen sprechen von einem »Wandel des Politischen«, um die entsprechenden Veränderungsprozesse seit den 1970er-Jahren zu kennzeichnen. Dadurch soll auch die Konnotation eines umfassenden Niedergangs seit den 1970er-Jahren kritisch hinterfragt werden.<sup>10</sup> Felix Lieb kritisiert in seiner Untersuchung, dass die Fokussierung auf eine Krise der Parteien zu vorschnell sei. Die Parteien seien nach wie vor die maßgeblichen politischen Akteure. Diesen seien nicht bloße Opfer übergeordneter Prozesse gewesen, sondern hätten diese aktiv mitgestaltet. Vielmehr sei daher ein »Wandel des Politischen« zu verzeichnen.<sup>11</sup>

Dabei muss der Krisenbegriff selbst keinen definitiv negativen Ausgang mit einer zwangsläufigen Stoßrichtung des Niedergangs beschreiben, sondern lediglich, dass sich Elemente gesellschaftlicher »Erfahrungsräume«<sup>12</sup> veränderten und dadurch Unsicherheiten über die Zukunft auslösten, aber dennoch mehrere Entwicklungen denkbar schienen mit durchaus vorhandenen Handlungsspielräumen der Akteure.<sup>13</sup> Zudem ist es für ein Verständnis der Entwicklung politischer Mobilisierungsarbeit nicht unerheblich, ob eine Entwicklung von den Zeitgenossen als krisenhaft wahrgenommen wurde, weil dies auch in einer unterschiedlichen Dringlichkeit verschiedener Themen in der politischen Mobilisierungsarbeit resultierte. Der unmittelbare zeitliche Kontext und die jeweiligen »Krisenwahrnehmungen« erklären, warum manche Themen wichtiger wurden und andere nicht. Die in den 1980er-Jahren breit geführten gesellschaft-

7 Ebd., S. 18 f.

8 Ralf Dahrendorf, *Das Elend der Sozialdemokratie*, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* Vol. 41 Nr. 12 (1987), S. 1021–1038 hier S. 1034.

9 Rüdiger Graf/Konrad H. Jarasch, »Crisis« in *Contemporary History and Historiography*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 27.03.2017, online unter: [https://docupedia.de/zg/Graf\\_jarasch\\_crisis\\_en\\_2017](https://docupedia.de/zg/Graf_jarasch_crisis_en_2017) (letzter Zugriff: 15.10.2020).

10 Siehe zur These eines »Wandels des Politischen«: Meik Woyke/Dietmar Süß, *Schimanski Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 3–20.

11 Felix Lieb, *Arbeit und Umwelt? Die Umwelt- und Energiepolitik der SPD zwischen Ökologie und Ökonomie 1969–1998*, Berlin 2022, S. 10–14 und S. 379–382.

12 Reinhart Koselleck, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont«. Zwei historische Kategorien, in: Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeit*, Frankfurt am Main 1979, S. 349–375.

13 Graf/Jarasch, *Crisis*.

lichen Debatten um Jugendarbeitslosigkeit oder Waldsterben zeigen beispielhaft, wie wichtig ein zeitgenössisch artikuliertes Krisenbewusstsein für das Handeln politischer Parteien war. Freilich ist es eine wesentliche Aufgabe des Historikers, derartigen zeitgenössischen Krisendiagnosen nachzugehen, deren Umfang zu untersuchen und danach zu fragen, welche Akteure aus welchen Gründen derartige Krisendiskurse führten und inwiefern diese Diagnosen angemessen waren.<sup>14</sup> Eine Untersuchung der politischen Mobilisierungsarbeit muss diese zeitgenössischen Diagnosen aber ernstnehmen, um die jeweiligen Reaktionen in der politischen Arbeit überhaupt verstehen zu können. Hinzu kommt, dass die Vorstellung eines »Wandels des Politischen« die Dramatik der Wählerverluste der Volksparteien und die steigenden Nichtwähleranteile auf allen Wahlebenen unterschätzt. Zwar sind Parteien nach wie vor die wichtigsten Akteure in Wahlkämpfen, bei der Rekrutierung politischen Nachwuchspotenzials, bei der Gesetzgebung und in der Regierungspraxis,<sup>15</sup> aber wenn Demokratie nicht nur nach Schumpeter als eine Methode zur Elitenrekrutierung verstanden wird, dann ist die Dramatik der steigenden Nichtwähleranteile kaum zu überschätzen. Dieser Befund wird auch nicht durch die wachsenden Partizipationsansprüche und veränderte Formen politischer Partizipation relativiert, da zahlreiche Studien die soziale Selektivität entsprechender Partizipationsformen unterstreichen.<sup>16</sup>

In der Geschichte der Sozialdemokratie gab es viele Krisen bzw. Phasen, die als eine solche wahrgenommen wurden.<sup>17</sup> Dabei ging es meistens um die Frage der politischen Identität der Partei. Von Beginn an wurden in der deutschen Sozialdemokratie intensive Debatten um die inhaltliche Ausrichtung geführt, die sich meist zwischen den Polen eines ideologischen Purismus und eines wahlorientierten Pragmatismus aufspannten.<sup>18</sup> Die entscheidende Frage war letztlich: War es die Aufgabe der SPD, das politische Bewusstsein der Wähler zu entwickeln und sie dort »hinzubringen«, wo diese sein sollten, oder war es vielmehr so, dass Wähler dort abgeholt werden mussten, wo diese standen? Schon die Weimarer SPD war darum bemüht, weitere Wählerschichten jenseits der Arbeiterschaft zu mobilisieren.<sup>19</sup> Bereits das Görlitzer Programm von 1921 enthielt weniger Bezüge auf den Marxismus als das Erfurter Programm. In den einleitenden Zeilen hieß es:

14 Siehe hierzu weiter: Jenny Pleinen/Lutz Raphael, Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften. Erkenntnispotenziale und Relevanzgewinne für die Disziplin, in: Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte Vol. 62 Nr. 2 (2014), S. 173–195.

15 Lieb, Arbeit und Umwelt, S. 379–382.

16 Linden, Demokratie.

17 Dietmar Süß, 150 Jahre Krise, in: Die Zeit 08.03.2018, online unter: <https://www.zeit.de/2018/11/spd-demokratie-drittes-reich-marktwirtschaft-jusos-geschichte/komplett-ansicht> (letzter Zugriff: 11.03.2022).

18 Peter Brandt/Detlef Lehnert, »Mehr Demokratie wagen«. Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010, Berlin 2012, S. 79–89.

19 Anja Kruke, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Berlin 2007, S. 353 f.



»Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus.«<sup>20</sup>

Peter Lösche und Franz Walter halten hierzu fest: »In Weimar hat die SPD sich auf den Weg zu einer Volkspartei begeben.«<sup>21</sup> Der Partei gelang es, Stimmen bei den Beamten, Angestellten und sogar auf dem Land hinzuzugewinnen.<sup>22</sup> Der Wahlerfolg im Hinblick auf breitere Bevölkerungsschichten blieb indes begrenzt, denn die wirtschaftlichen, sozialen und politisch-ideologischen Gegensätze zwischen den verschiedenen Wählergruppen waren in der Weimarer Republik deutlich ausgeprägter, als dies später in der Bundesrepublik der Fall war.<sup>23</sup>

In der frühen Bundesrepublik besann sich die SPD zunächst rhetorisch auf marxistische Bezüge in der Hoffnung, möglichst bruchlos an die Wahlerfolge der Weimarer Republik anknüpfen zu können.<sup>24</sup> Jedoch vermochten es die Sozialdemokraten damit nicht, bei Bundestagswahlen zu reüssieren. Peter Lösche und Franz Walter fassen in ihrer Studie das Problem der Partei zutreffend zusammen:

»Im Übrigen aber hatte die Sozialdemokratie Schumachers das Gros der Mittelschichten eher vor den Kopf gestoßen. Die aggressive Klassenkampfrhetorik des Parteivorsitzenden, seine starre deutschland- und europapolitische Haltung, seine kompromisslose Prinzipienstreiterei und die bürokratischen Planungs- und Sozialisierungsforderungen seiner Partei verfehlt gänzlich die Stimmungslage und das Gefühlsleben der ruhebedürftigen und ausgleichsorientierten Bevölkerungsmehrheit der späten vierziger und fünfziger Jahre, vor allem eben außerhalb der sozialdemokratischen Traditionsschichten.«<sup>25</sup>

Dass mit dieser programmatischen Orientierung kaum Bundestagswahlen gewonnen werden konnten, lag auch daran, dass von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik auch in einem zunehmenden Maße Arbeiter profitierten. Nicht die »Klassengesellschaft«, sondern die »nivellierte[] Mittelstandsgesellschaft«<sup>26</sup> bestimmte die Selbstbeschreibung der frühen Bundes-

20 SPD (Hrsg.), Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen am 23. September 1921 zu Görlitz, Kiel 1921, S. 2, online unter: <http://library.fes.de/prodok/fa01-00507.pdf> (letzter Zugriff 21.03.2021).

21 Peter Lösche/Franz Walter, Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S. 70.

22 Ebd.

23 Franz Walter, Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek Hamburg 2009, S. 67–72.

24 Bernd Faulenbach, Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2012, S. 72–79.

25 Lösche/Walter, SPD, S. 109.

26 Helmut Schelsky, Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf, Köln 1965, S. 333.

republik und hatte einen entscheidenden Einfluss auf die Sichtweise politischer Parteien auf die Gesellschaft. Mit dem Godesberger Programm bekannte sich die SPD zu den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft.<sup>27</sup>

In den 1950er-Jahren professionalisierte die Partei die politische Mobilisierungsarbeit und setzte verstärkt auf demoskopische Analysen.<sup>28</sup> Allerdings dauerte es noch bis 1969, bis die SPD die Führung einer Bundesregierung antreten konnte. In der Großen Koalition unter dem CDU-Kanzler Kiesinger hatte der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Karl Schiller unter Beweis gestellt, dass wirtschaftliche Kompetenz nicht alleinig eine Domäne der Union war. Dadurch gelang es der Partei, auch Wählerschichten jenseits ihrer Stammwählerschaft zu gewinnen. Die Wähler aus den Angestelltenschichten hatten vormals mehrheitlich christdemokratisch gewählt, aber konnten gegen Ende der 1960er-Jahre verstärkt von der SPD mobilisiert werden.<sup>29</sup>

Die Wahlerfolge Ende der 1960er-Jahre und Anfang der 1970er-Jahre beruhten darauf, dass die Sozialdemokraten verschiedenen Gruppen ein glaubwürdiges, tragfähiges und kohärentes politisches Angebot machen konnten. Die vormals eher der CDU zuneigenden Wähler sahen nun auch in der SPD eine kompetente Partei mit einer überzeugenden Wirtschaftspolitik. Doch auch die Stammwähler aus dem Bereich der Industriearbeiterschaft verbanden mit der keynesianisch orientierten Wirtschaftspolitik die Garantie einer sicheren wirtschaftlichen Zukunft. Darüber hinaus mobilisierten die in Aussicht gestellten sozialstaatlichen Erweiterungen sowie die Verbesserungen im Arbeitsrecht positive Zukunftserwartungen in der Arbeiterschaft. Unter diesen Bedingungen einer positiven politischen Zukunftsperspektive für alle fielen die Unterschiede zwischen verschiedenen Wählergruppen sowie zwischen den politischen Vertretern der Partei und ihrer traditionellen Wählerbasis weniger ins Gewicht. Basierend auf den Wahlerfolgen der SPD ab Ende der 1960er-Jahre interpretiert Bernd Faulenbach die 1970er-Jahre als ein »sozialdemokratisches Jahrzehnt«.<sup>30</sup>

Zu Beginn der 1980er-Jahre wendeten sich die »Schiller-Wähler« allerdings zunehmend von der SPD ab und wählten die CDU. Hintergrund dieses Wechsels in der Wählergunst war erneut die Zuschreibung wirtschaftspolitischer Kompetenz. Für die Bundestagswahlen 1983 und 1987 sicherte insbesondere die sozialdemokratische Stammwählerschaft die Stimmanteile der SPD ab.<sup>31</sup> Die Mobilisierung der Stammwählerschaft bei den Bundestagswahlen lag insbesondere darin begründet, dass die SPD mit ihrer Kritik an der »Wende-Regierung« diese von der Anwaltschaft der Sozialdemokraten für ihre Interessen zunächst

27 SPD (Hrsg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, S. 13–16.

28 Kruke, Demoskopie, S. 195–199.

29 Lösche/Walter, SPD, S. 92.

30 Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, S. 20 f.

31 Lösche/Walter, SPD, S. 98.

überzeugen konnte. Das Problem der Sozialdemokraten in den 1980er-Jahren bestand darin, dass die Mobilisierung der Stammwählerschaft zumindest bei Bundestagswahlen zwar weiterhin gelang, aber gleichzeitig die »sozialen Aufsteiger« und ökologisch orientierte Wähler nur bedingt durch die politische Programmatik der Partei zu überzeugen waren.<sup>32</sup> Erneut drehten sich die innerparteilichen Diskussionen daher um die Mobilisierung weiterer Wählergruppen jenseits der Arbeiterschaft.

Das Ökologiethema war für die Partei auch deshalb so entscheidend, weil mit der Etablierung der Grünen eine erfolgreicher werdende Partei dieses Thema besetzte. Die SPD konzentrierte sich in den 1980er-Jahren daher verstärkt darauf, ökologische Themen in die politische Programmatik zu integrieren.<sup>33</sup> Unter dem Eindruck der anhaltenden Wahlniederlagen auf Bundesebene, aber auch in städtischen und regionalen Kontexten konzentrierte sich die SPD zudem ab Mitte der 1980er-Jahre zunehmend auf die Mobilisierung von Wählern aus den sog. »neuen Mittelschichten«.<sup>34</sup> Die Diagnose lautete, dass die Sozialdemokraten mehr Zukunftsorientierung und weniger »Fortschrittspessimismus« repräsentieren müssten, um auch die aufstiegsorientierten Wähler der »neuen Mittelschichten« zu gewinnen. Das veränderte politische Konzept fiel bei den »Enkeln« auf fruchtbaren Boden. Politiker wie Björn Engholm, Gerhard Schröder, Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine sympathisierten mit dem Bild einer »modernen« und den »neuen Mittelschichten« zugewendeten Partei.<sup>35</sup> In der Bundestagswahl 1990 kam dieses Konzept politischer Mobilisierung deutlich zum Tragen und endete für die Partei in einem Desaster. Selbst in den bis dahin relativ stabilen Wahlbezirken unter der Industriearbeiterschaft im Ruhrgebiet brach die SPD ein. In der Bundestagswahl 1990 mobilisierte die SPD nur 44 Prozent der Arbeiter. Einen ähnlich niedrigen Anteil unter den Arbeitern hatte die Partei zuletzt bei der ersten Bundestagswahl 1949 erreicht.<sup>36</sup>

Ab der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre sollte vor allem Gerhard Schröder für die Idee einer »modernen Sozialdemokratie« stehen. Im Zeichen des »Dritten Weges« forcierten mehrere europäische sozialdemokratische Parteien eine Parteireform.<sup>37</sup> In dem Slogan des Wahlkampfes 1998 »Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit« drückte sich das politisch-programmatische Spannungsverhältnis aus, dass die Partei seit Mitte der 1980er-Jahre zu überbrücken suchte. Der

32 Ebd., S. 98 f.

33 Faulenbach, Geschichte der SPD, S. 105 f.

34 Lösche/Walter, SPD, S. 100 f. und S. 127 f.

35 Ebd., S. 127 f.

36 Ebd., S. 104.

37 Zur breiteren Einordnung der Begrifflichkeit »Dritter Weg« siehe: Alexander Gallus/Eckhard Jesse, Was sind Dritte Wege? Eine vergleichende Bestandsaufnahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16/17 (2001), S. 6–15; zur Differenzierung verschiedener Politiken des »Dritten Weges« siehe: Giuliano Bonoli/Martin Powell, Third Ways in Europe?, in: Social Policy and Society Vol. 1 Nr. 1 (2002), S. 59–66.

Aspekt der »Gerechtigkeit« wurde im Wesentlichen durch Oskar Lafontaine verkörpert, der nunmehr für eine keynesianisch und auf Umverteilung orientierte Politik eintrat. Hatte Lafontaine in der Bundestagswahl 1990 noch zu »den Modernisierern« gezählt, so wurde er nun vielfach als »Traditionalist« angesehen.<sup>38</sup> Der Aspekt der »Innovation« wurde durch Gerhard Schröder personifiziert, der damit die »Modernisierer« innerhalb der Partei vertrat, die die SPD nicht als eine »Partei der Vergangenheit« verstanden wissen wollten, sondern als eine »moderne« und der »neuen Mitte« zugewandte Partei.<sup>39</sup>

Zu Beginn der rot-grünen Koalition sah es so aus, als könne sich Lafontaine mit einer keynesianisch inspirierten Politik durchsetzen,<sup>40</sup> jedoch verschärfen sich die innerparteilichen Konflikte und Oskar Lafontaine trat bereits 1999 als Finanzminister zurück und wurde durch Hans Eichel ersetzt. Diese personelle Veränderung an der Spitze des Finanzministeriums führte dazu, dass zahlreiche Ausgabenerhöhungen, die Lafontaine vorgesehen hatte, um die Wirtschaft anzukurbeln, zurückgefahren wurden. Nicht mehr eine keynesianisch inspirierte Politik, sondern eine eher angebotsorientierte Politik stand nun im Zentrum der politischen Bemühungen. Die Regierung Schröder verringerte die Körperschaftssteuer und senkte den Eingangs-, aber auch den Spitzensteuersatz.<sup>41</sup> In der Arbeitsgesetzgebung trieb die rot-grüne Koalition die Deregulierung des Normalarbeitsverhältnisses voran und erhob in der Sozialpolitik das »Fordern und Fördern« zur Maxime.<sup>42</sup> Ausdruck dieses gewandelten Selbstverständnisses der SPD war auch das Schröder-Blair-Papier von 1999, das im Wesentlichen die Idee eines »Dritten Weges«, die auch zentral für New Labour in Großbritannien war, als Leitlinie sozialdemokratischer Politik zusammenfasste.<sup>43</sup> Hatte knapp zwanzig Jahre zuvor das »Lambsdorff-Papier« noch die Scheidungsurkunde der sozialliberalen Koalition dargestellt, wurden viele der darin aufgeführten Ideen nun handlungsleitend für die Politik der Regierung Schröder im Zeichen der Agenda 2010. Infolgedessen brachen in der Partei erneut Konflikte darüber auf,

38 Jörg Michael Dostal, From »Moderniser« to »Traditionalist«. Oskar Lafontaine and German Social Democracy in the 1990s, in: *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* Vol. 8 Nr. 1 (2000), S. 23–37, hier S. 30.

39 Oliver Nachtwey, *Market Social Democracy. The transformation of the SPD up to 2007*, in: *German Politics* Vol. 22 Nr. 3 (2013), S. 235–252, hier S. 238.

40 »Aufschwung à la Keynes«, in: *Der Spiegel* 14.02.1999, online unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/aufschwung-a-la-keynes-a-78bd6483-0002-0001-0000-000009031862> (letzter Zugriff 05.10.2023).

41 Oliver Nachtwey, *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*, Wiesbaden 2009, S. 216.

42 Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Bonn 2019, S. 244; Nachtwey, *Marktsozialdemokratie*, S. 217–221.

43 *Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair vom 8. Juni 1999*, online unter: [https://www.kuwi.europa.uni.de/de/lehrstuhl/vs/politik3/Lehre\\_WS\\_11\\_12/Schroeder\\_Blair.pdf](https://www.kuwi.europa.uni.de/de/lehrstuhl/vs/politik3/Lehre_WS_11_12/Schroeder_Blair.pdf) (letzter Zugriff: 09.10.2023).

was linke Politik politisch überhaupt bedeute, die mit der WASG und später der Linken in Abspaltungen von der SPD mündeten.

In der Diskussion um die Krise der SPD wird insbesondere auf die Agenda 2010 verwiesen, denn mit dieser Politik habe sich die Partei vom Kerninhalt der sozialen Gerechtigkeit verabschiedet und damit den Zuspruch ihrer traditionellen Wählerschaft verloren.<sup>44</sup> Bezogen auf eine längere zeitliche Perspektive wird angebracht, dass der Wandel der Mitgliedschaft der SPD bzw. deren Entwicklung hin zu einer »Partei des öffentlichen Dienstes« zu einer Entfremdung von Parteiaktivisten und der Wählerbasis geführt habe. Im engen Zusammenhang damit wird weiterhin argumentiert, dass die sozialräumlichen Milieus erodiert seien und Wähler sich verstärkt nach individuellen Orientierungen richteten.<sup>45</sup>

Michael Vester ist ein entschiedener Kritiker der »Erosionsthese« als Erklärung für den Verlust an Wählerzuspruch.<sup>46</sup> Zwar ließe sich nicht mehr von den großen und stabilen sozialmoralischen Milieus im Sinne von »Klassenverbänden« sprechen, aber dennoch seien die Veränderungen der Milieus nicht pauschal in einem Prozess der »Individualisierung« aufzulösen, sondern diese haben sich vielmehr »horizontal verschoben.«<sup>47</sup> Für Vester ergeben sich nach wie vor zahlreiche politische Interessenkonflikte aus dem »sozialen Ort« von Gruppen, sodass auch die klassischen gesellschaftlichen cleavages Beharrungskräfte aufweisen und sich mit entsprechenden Vorstellungen von sozialer und gesellschaftlicher Ordnung verbinden.<sup>48</sup> Zwar seien gesellschaftliche Klassen nicht deckungsgleich mit parteipolitischen Lagern, dies sei Vester zufolge aber nicht pauschal als eine Entkopplung von Parteien und ihren Milieus zu interpretieren:

»Nach der These unseres Aufsatzes ist diese Diskrepanz nichts Neues. Sie beruht auf den spezifischen Eigenheiten des politischen Feldes. Das Feld der gesellschaftspolitischen Kämpfe, Diskurse und Kompromisse hat sich in bürgerlichen Gesellschaften seit je nicht nach den gleichen Regeln organisiert wie das Feld des Alltagslebens. Insbesondere hat es sich bis heute nicht vollständig entlang der Scheidelinien gegliedert, die die vertikalen Gesellschaftsstufen voneinander trennen. Vielmehr sind die politischen »Lager« in aller Regel Koalitionen, die vertikale Gesellschaftsstufen überschneiden.«<sup>49</sup>

So hatte die SPD beispielsweise immer Schwierigkeiten, Arbeiter auf dem Land oder stark katholisch geprägte Arbeiter zu mobilisieren, obwohl diese in

44 Faulenbach, *Geschichte der SPD*, S. 128–131; Franz Walter, *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*, Berlin 2013, S. 87–90; Edgar Wolfrum, *Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute*, Stuttgart 2020, S. 40 f.

45 Walter, *Biographie*, S. 253 f.

46 Michael Vester/Heiko Geiling, *Soziales Kapital und Wählerverhalten. Die Krise einer Volks- und Mitgliederpartei*, in: Heiko Geiling (Hrsg.), *Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie*, Berlin, Münster <sup>2</sup>2010, S. 25–52.

47 Ebd., S. 28 f.

48 Ebd., S. 37 f.

49 Ebd., S. 34.

sozioökonomischer Hinsicht dem durchschnittlichen SPD-Wähler entsprachen. Aufgrund gesellschaftlich-kultureller Einstellungen und religiöser Bindungen entschieden sich diese Arbeiter bei Wahlen aber eher für die Union.<sup>50</sup> Vester betont, dass die Krise der SPD darin begründet liege, dass die Partei es versäumt habe, die nach wie vor wirksamen traditionellen gesellschaftlichen Konfliktlinien insbesondere im lokalen Kontext und direkt vor Ort zu mobilisieren.<sup>51</sup> Politische Arbeit sei kein kurzfristiger Prozess, der periodisch auf die Mobilisierung von Wählerstimmen ausgerichtet sei, sondern ein langfristiges Unterfangen. Nur durch dauerhafte und verlässliche politische Arbeit vor Ort ließe sich politisches Vertrauen aufbauen, das dann auch zu einer Stärkung des politischen Zuspruchs seitens der Bürger führen könne.<sup>52</sup>

Der Bezug auf die Agenda 2010 zur Erklärung der dramatischen Wähler- und Mitgliederverluste der SPD greift zu kurz, denn diese war nicht der Ursprung dieser Entwicklung, sondern verstärkte entsprechende Tendenzen vielmehr. Der Verlust an Zuspruch bei den Stammwählern ließ sich bei Kommunal- und Landtagswahlen in Großstädten bereits seit den 1970er-Jahren beobachten. Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Ende der 1970er-Jahre erzielte beispielsweise die Hamburger SPD bei den Bürgerschaftswahlen bei fünf von neun Wahlen ein Ergebnis von über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen und bei keiner weniger als 40 Prozent der Stimmen. Bei den Bürgerschaftswahlen seit den 1980er-Jahren erzielte die SPD nur noch einmal ein Ergebnis von mehr als 50 Prozent der Stimmen.<sup>53</sup>

Auf der lokalen Ebene zeigte sich die politische Unzufriedenheit der Bürger früher und die Bereitschaft zur Nichtwahl oder zur Wahl rechtsextremistischer Parteien fiel höher aus. Bei Bundestagswahlen waren die Mobilisierungserfolge der SPD bei ihrer traditionellen Wählerklientel zunächst noch stärker ausgeprägt, weil den nationalen Wahlen allgemein eine größere Bedeutung für die politische Zukunft zugemessen wird und Wähler in diesem Falle deutlich weniger zu »Wahlexperimenten« bereit sind.<sup>54</sup>

Diese Bedeutungszumessung spiegelt sich auch in der Forschung wider. Die Forschung konzentriert sich insbesondere auf Wähler und Wahlverhalten auf der nationalen Ebene.<sup>55</sup> Zu den Landtags- und Kommunalwahlen gibt es im Ver-

50 Thomas Großbölting, *Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945*, Bonn 2013, S. 67–69.

51 Vester, *Soziales Kapital*, in: Geiling (Hrsg.), *Krise*, S. 38–40.

52 Ebd., S. 45 f.

53 Wilko Zicht (Hrsg.), *Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen in Hamburg*, online unter: <https://www.wahlrecht.de/ergebnisse/hamburg.htm> (letzter Zugriff: 01.05.2021).

54 Jochen Ertl, *Kommunal- und Bundestagswahlen als Protestwahlen*, in: Oscar W. Gabriel/Frank Brettschneider/Angelika Vetter (Hrsg.), *Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt*, Wiesbaden 1997, S. 203–226 hier S. 225 f.

55 Siehe hierzu weiter: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden <sup>2</sup>2014.

gleich dazu weniger Untersuchungen.<sup>56</sup> Diese Forschungsschwerpunkte liegen auch darin begründet, dass es nicht einfach ist, ein genuines Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlverhalten voneinander zu differenzieren.<sup>57</sup> Dennoch geraten durch die einseitige Konzentration auf Bundestagswahlen und die nicht ausreichende Würdigung lokaler und regionaler Wahlen Hinweise auf das Einsetzen politischer Enttäuschung bei der sozialdemokratischen Stammwählerschaft aus dem Blick. Die Nachwehen der Agenda 2010 stellen somit nicht den Anfang der Probleme der Sozialdemokratie im Hinblick auf die Mobilisierung ihrer Stammwählerschaft dar, sondern vielmehr die Zuspitzung einer Entwicklung, die bereits ab den 1970er-Jahren einsetzte.

Diese Entwicklung steht in einem engen Zusammenhang mit der Veränderung der Mitgliederstruktur der SPD. Jedoch muss das Argument wachsender habitueller Unterschiede zwischen sozialdemokratischen Parteivertretern und der Mitgliederbasis erweitert werden. Das Bündnis zwischen habituell sehr unterschiedlichen Gruppen, gerade was das Verhältnis von herausragenden Persönlichkeiten innerhalb der Partei und der Parteibasis betraf, war durchaus nicht neu für die Sozialdemokratie und auch nicht die Arbeiterbewegung, was sich in dem immer wieder herausgestellten Bündnis zwischen »Arbeitern« und »Intellektuellen« zeigte.<sup>58</sup> In den 1960er und zu Beginn der 1970er-Jahre verzeichnete die SPD einige ihrer besten Ergebnisse bei Bundestagswahlen. Diese Erfolge erzielte sie in einem Zeitraum, in dem der Mitgliederwandel der SPD durch den Zustrom zahlreicher junger und akademisch gebildeter Menschen im vollen Gange war. In dieser Hinsicht behinderten die wachsenden habituellen Unterschiede zwischen Parteiaktivisten und Mitgliederbasis die politische Mobilisierungsarbeit der Partei bei Wahlen nicht zwangsläufig. Unter den Bedingungen der Endphase des Nachkriegsbooms und eines wirtschaftlichen Aufstiegs für große Teile der Bürger funktionierte die Mobilisierung von traditionellen Wählern und der »neuen Mitte«<sup>59</sup> seitens der SPD, da weite Bevölkerungsteile sich als

56 Siehe hierzu weiter: Kerstin Völkl u. a. (Hrsg.), *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik, Baden-Baden*, 2008; Oscar W. Gabriel/Silke I. Keil, *Empirische Wahlforschung in Deutschland. Kritik und Entwicklungsperspektiven*, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden 2014, S. 827–868, hier S. 858.

57 Oscar W. Gabriel, *Kommunales Wahlverhalten. Parteien, Themen und Kandidaten*, in: Oscar W. Gabriel/Frank Bretschneider/Angelika Vetter (Hrsg.), *Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt*, Wiesbaden 1997, S. 147–168, hier S. 166–168.

58 Siehe hierzu weiter: Jürgen Schmidt, *Brüder, Bürger und Genossen. Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Bürgergesellschaft 1830–1870*, Bonn 2018.

59 »Die Mitte« war ein Sehnsuchtsort der deutschen Politik. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur galt die »Mitte« als Ort politischer Mäßigung jenseits politischer Extremismen. Das Ideal der Volksparteien stellte auf die politische Repräsentation nicht einzelner gesellschaftlicher Gruppen, sondern eines Querschnitts der Gesellschaft ab. Für die politische Mobilisierungsarbeit der SPD wurden ab den 1960er-Jahren die sogenannten »neuen Mittelschichten« wichtiger. Dies umfasste auch Teile der Industriearbeiterschaft, die im Zuge des Nachkriegsbooms

Teil der »neuen Mitte« verstehen konnten, sodass die Mobilisierung derselben eher integrierend wirkte. Zudem mussten sich die neuen Mitglieder, die sich habituell deutlicher von der traditionellen sozialdemokratischen Wähler- und Mitgliederschaft unterschieden, zunächst an den etablierten Formen sozialdemokratischer Wähleransprache orientieren und konnten einen Wandel in dieser Hinsicht nur langsam bewerkstelligen. Doch mit dem weiteren Aufstieg dieser jüngeren Parteimitglieder, die später als »Enkel« bezeichnet werden sollten, wurde die Kritik an etablierten Formen der Wähleransprache auf einer anderen autoritativeren Ebene geäußert und führte damit auch dazu, dass die politische Arbeit der SPD auf breiterer Ebene durch eine veränderte Wähleransprache geprägt wurde.<sup>60</sup> Gerade auf der lokalen Ebene versuchte die SPD frühzeitig, neue Wählergruppen für sich zu gewinnen. So versuchte man in Kassel und Frankfurt bereits infolge der Stimmverluste in der Kommunalwahl 1977, eine Ansprache für zunehmend ökologische orientierte Wähler zu finden. In den verschiedenen lokalen und regionalen Kontexten einer Partei zeigt sich aber auch, dass es zu kurz greifen würde, Forschungen zur Parteigeschichte ausschließlich auf der Bundesebene anzusiedeln. Eine derartige ausschließliche Betrachtungsweise läuft Gefahr, politische Parteien frei nach Robert Michels »eherne[n] Gesetz der Oligarchie« als durchhierarchisierte und durchzentralisierte Organisationen wahrzunehmen.<sup>61</sup> Insbesondere für die SPD zeigt sich aber eine Vielfalt lokaler und regionaler politischer Traditionen mit ausgeprägten Handlungsspielräumen für Bezirke und Unterbezirke, wie Lösche und Walter in ihrer Studie zeigen und in der SPD vielmehr eine »lose verkoppelte Anarchie« sehen.<sup>62</sup> Es gelang Helmut Schmidt langfristig nicht, seinen Kurs in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik durchzusetzen, wobei sich gerade auf der lokalen Ebene frühzeitig Widerstand gegen diesen politischen Kurs etablieren konnte. In diesem Sinne ist es auch nichtzutreffend, die kommunale Ebene als unpolitisch zu bewerten, da es ledig-

einen gesellschaftlichen Aufstieg vollzogen hatten. Im Kontext des vom »Fahrstuhleffekt« geprägten Nachkriegsbooms war eine Mobilisierung der »neuen Mittelschichten« ein integratives Konzept der politischen Mobilisierung, da sich immer mehr Menschen als Teil dieser »neuen Mittelschichten« verstehen konnten bzw. die Hoffnung hegen konnten, alsbald dazuzugehören. Während der Regierung Brandt avancierte die »neue Mitte« zu einer dezidiert politischen Vorstellung, denn hiermit war das politische Bündnis zwischen SPD und FDP in Form der sozialliberalen Koalition gemeint. Siehe hierzu; Stine Marg, *Mitte in Deutschland. Zur Vermessung eines politischen Ortes*, Bielefeld 2014, S. 11–14; Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main 1986, S. 122; Max Reinhardt, *Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel seit 1945. Zwischen sozialistischer Transformation, linkem Reformismus und Marktliberalismus*, Dortmund, Baden-Baden 2014, S. 32; Kruke, *Demoskopie*, S. 344–362.

60 Walter, *Biographie*, S. 262 f.

61 Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Leipzig 1911.

62 Lösche/Walter, *SPD*, S. 192–200.



lich um die pragmatische Lösung lokaler Probleme gehe.<sup>63</sup> Dieses Verständnis speiste sich vielmehr aus Ansprüchen, wie die Kommunalpolitik sein sollte und weniger daraus, wie diese tatsächlich war. Freilich wurden auf der kommunalen Ebene nicht große ideologische Gegensätze ausgefochten, wobei dies auch auf der Bundesebene immer weniger der Fall war, aber auch Fragen zur kommunalen Verkehrs- oder Wohnungspolitik waren genuin politisch. Die Förderung des Autos als primäres Fortbewegungsmittel oder der Ausbau des ÖPNV bzw. die Förderung von Einfamilienhäusern oder Geschosswohnungen sprachen die Interessen unterschiedlicher Wählerkreise an und wurden auch auf kommunaler Ebene unterschiedlich von den politischen Parteien besetzt.

In der vorliegenden Arbeit wird nach der Veränderung der politischen Mobilisierungsarbeit der SPD in Kassel und Frankfurt am Main in den 1980er- und 1990er-Jahren im Kontext wachsender sozialer Ungleichheit und veränderter Ansprüche an politische Partizipation gefragt. Diese breite Forschungsfrage wirft eine ganze Reihe von spezifischen Forschungsfragen auf: Inwiefern veränderten sich programmatische Positionen und die verwendete politische Sprache? Welche Wahlkampfmittel setzten die Parteien ein und welchen Umfang hatte die politische Arbeit vor Ort? Inwiefern gelang die Umsetzung von programmatischen Zielsetzungen und Wahlversprechen? Wie wirkten sich die politische Programmatik, die verwendeten Wahlkampfformen und die Umsetzung politischer Zielsetzungen auf die Aspekte von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation und ihrem Verhältnis zueinander aus? Welche Mikroprozesse vor Ort können erklären, weshalb mit wachsender sozialer Ungleichheit auch vermehrt Partizipationsverluste in Form steigender Nichtwähleranteile einhergingen?

Die Entwicklung der sozialen Ungleichheit »nach dem Boom« in Europa sowie weltweit hat in den letzten Jahren wieder vermehrt das Interesse der Forschung gefunden. Insbesondere die Studien Thomas Pikettys hierzu haben Aufsehen erregt, wobei Piketty auch die Zusammenhänge von wachsender sozialer Ungleichheit und zunehmender politischer Ungleichheit in den Blick nimmt.<sup>64</sup> Mit Bezug auf Europa haben die Untersuchungen Hartmut Kaelbles maßgebliche Erkenntnisse zur Entwicklung der sozialen Ungleichheit in ihren verschiedenen Dimensionen geliefert sowie für Deutschland im Besonderen die Analysen von Hans-Ulrich Wehler.<sup>65</sup> Die Forschung ist sich weitgehend einig darin, dass nach

63 Siehe hierzu weiterführend: Everhard Holtmann, *Politik und Nichtpolitik. Lokale Erscheinungsformen politischer Kultur im frühen Nachkriegsdeutschland*. Das Beispiel Unna und Kamen, Opladen 1989, S. 43–45.

64 Thomas Piketty, *Capital in the Twenty-First Century*, London 2014; Piketty, *Kapital und Ideologie*; grundlegend hierzu: Anthony Barnes Atkinson/Thomas Piketty (Hrsg.), *Top incomes over the twentieth century. A contrast between continental European and English-speaking countries*, Oxford u. a. 2007.

65 Hartmut Kaelble, *Mehr Reichtum, mehr Armut. Soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt am Main 2017; Hartmut Kaelble, *Abmilderung der sozialen Ungleichheit? Das westliche Europa während des Wirtschaftsbooms der 1950er bis 1970er Jahre*, in: *Geschichte und Gesellschaft* Vol. 40 Nr. 4 (2014), S. 591–609;

einer Phase der Abmilderung sozialer Ungleichheiten vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die 1970er-Jahre diese ab den 1980er-Jahren wieder merklich zunahm, wobei dieser Trend bis in die Gegenwart anhält. Das Problem einer wachsenden sozialen Ungleichheit und steigender Nichtwähleranteile hat in den letzten Jahren auch verstärkt zu Forschungsarbeiten über die Zusammenhänge von sozialer und politischer Ungleichheit angeregt. Im Rahmen dieser Analysen wurde insbesondere die Verteilung der Nichtwähleranteile untersucht. Bereits Michael Eilfort hat in einer Studie aus dem Jahr 1994 nachweisen können, dass gerade Bürger mit einem niedrigen sozialen Status zur Nichtwahl neigten und dass auch die Differenz in der Wahlneigung zwischen Bürgern mit niedrigem und hohem sozialen Status zugenommen hatte.<sup>66</sup> Zwar verwiesen andere Studien darauf, dass die Struktur der Nichtwähler in sozialer Hinsicht unauffällig sei und diese in allen Bevölkerungsschichten zunehme.<sup>67</sup> Jedoch konnte in neueren Studien gezeigt werden, dass die Zunahme der Nichtwähleranteile bei sozial schwächeren Bürgern deutlich stärker ausfällt und für deutsche Großstädte konnte gezeigt werden, dass insbesondere linke Parteien negativ von dieser Entwicklung betroffen sind.<sup>68</sup> Zudem konnte die Forschung auch zeigen, dass die soziale Schieflage im Falle direktdemokratischer Teilnehmungsformen und anderer Partizipationsformen noch ausgeprägter ist.<sup>69</sup>

Die Parteiforschung ist in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen angesiedelt. Bezogen auf die SPD ist die geschichtswissenschaftliche Forschungsliteratur von Überblicksdarstellungen geprägt.<sup>70</sup> In den Überblicksdarstellungen

Hans-Ulrich Wehler, *Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland*, München 2013. Siehe hierzu weiter: Eva Maria Gajek/Christoph Lorke (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit im Visier. Wahrnehmung und Deutung von Armut und Reichtum seit 1945*, Frankfurt am Main, New York 2016.

66 Michael Eilfort, *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*, Paderborn u. a. 1994, S. 342 f.

67 Thomas Kleinhenz, *Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*, Opladen 1995, S. 116 f.

68 Julian Bank/Till van Treeck, »Unten« betrifft alle. Ungleichheit als Gefahr für Demokratie, Teilhabe und Stabilität, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 10* (2015), S. 41–46; Sebastian Bödeker, *Soziale Ungleichheit und Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft*, OBS-Arbeitspapier Nr. 1, Frankfurt am Main 2012; Thorsten Faas, *Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland*, Baden-Baden 2010; Armin Schäfer, *Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten*, in: *Politische Vierteljahresschrift Vol. 53 Nr. 2* (2012), S. 240–264, hier S. 255–261; Armin Schäfer, *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt am Main, New York 2015, S. 96 f.

69 Markus Linden, *Beziehungsgleichheit als Anspruch und Problem politischer Partizipation*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft 26* (2016), S. 173–195, hier S. 184–186.

70 Überblicksdarstellungen zur Geschichte der SPD siehe: Brandt/Lehnert, *Geschichte; Faulenbach, Geschichte der SPD; Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert*, Berlin 2007; Anja Kruke/Meik